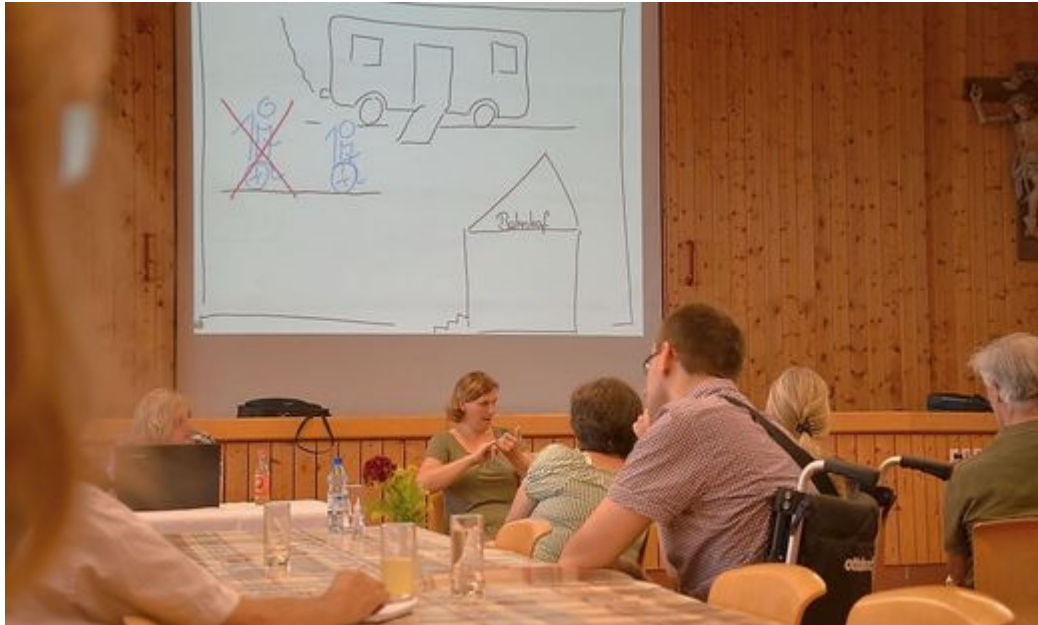


In Osttirol sollen Barrieren fallen

Brisante Themen wurden bei der öffentlichen Sitzung des Tiroler Monitoring-Ausschusses in Lienz diskutiert. Einiges ist schon geschehen, vieles ist noch zu verbessern.

Von **Mersiha Kasupovic** | Kleine Zeitung, 23. Juni 2018



Schrift- und Gebärdensprachdolmetscherinnen und eine Bilddolmetscherin übersetzten die Sitzung des Tiroler Monitoring-Ausschusses unter der Vorsitzenden Isolde Kafka © Kasupovic

Wie ist eigentlich die Situation für Menschen mit Behinderung in Osttirol? Mit dieser Frage beschäftigte sich der Tiroler Monitoring-Ausschuss bei seiner achten öffentlichen Sitzung, die erstmals außerhalb von Innsbruck - in Lienz – stattfand.

Doch schon die Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gestaltete sich schwierig. Denn einige der Ausschuss-Mitglieder sitzen im Rollstuhl. „Im Direktbus gab es nur einen Rollstuhl-Platz“, sagte Ausschuss-Vorsitzende **Isolde Kafka**. Und mit dem Zug? „In Franzensfeste ist das Umsteigen mit einem Rollstuhl schwierig, in Lienz geht es gar nicht“. Mit dem neuen Mobilitätszentrum soll sich das schon bald ändern. Schlussendlich fuhren fünf Mitglieder mit dem Direktbus, einer mit dem Auto. Und schon stand man beim nächsten Problem. Denn auch die Suche nach einem barrierefreien Raum in Lienz, war alles andere als leicht. In der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Lienz konnte man schließlich einen barrierefrei zugänglichen Raum finden.

Doch was ist eigentlich der Monitoring-Ausschuss? Der Monitoringausschuss besteht aus 16 Mitgliedern und ist ein unabhängiger Ausschuss, der die

Einhaltung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen durch die öffentliche Verwaltung für den Bereich der Bundeskompetenz überwacht. Er bezieht sich dabei auf die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. „Der Ausschuss arbeitet schon seit vier Jahren. 2018 wurde er im Antidiskriminierungsgesetz im Landestirolo Gesetz verankert“, erklärte Vorsitzende-Stellvertreterin **Anna Strobl**.

Anschließend ging man der Frage auf den Grund, welche Probleme es in Osttirol für Menschen mit Behinderung gibt. Damit jeder der Anwesenden die Sitzung beiwohnen konnte, gab es eine Übersetzung in Gebärdensprache, eine Schriftdolmetscherin und eine leicht verständliche Zusammenfassung von einer Bilddolmetscherin. Und schon meldete sich die erste Dame aus dem Publikum. Von einem taubstummen Bekannten wüsste sie, dass ein Restaurantbesuch sehr schwierig sei. Ihr Wunsch wären Speisekarten in Brailleschrift (Blindenschrift). Kritisiert wurde auch, dass Gehörlose nach Innsbruck fahren müssen, wenn sie einen Führerschein machen wollen, sowie, dass viele Gemeindeämter, Arztpraxen und Geschäfte in noch nicht barrierefrei seien. Und auch bei den Freizeitangeboten für Menschen mit Behinderung im Bezirk würde es teilweise noch hapern. Ein Zuhörer meinte, dass es generell an Bewusstsein fehlen würde. Einiges ist schon geschehen – aber vieles ist noch zu verbessern.

Zum Schluss informierten die sechs anwesenden Ausschuss-Mitglieder noch, dass mit 1. Juli 2018 das Teilhabegesetz in Kraft tritt, dessen Bestimmungen auch das „Persönliche Budget“ vorsehen. Hierbei geht es darum, dass Menschen mit Behinderung statt Sachleistungen eine Direktzahlung bekommen, über die sie selbst verfügen können, wie beispielsweise für persönliche Assistenz oder Mobile Begleitung.

Die Ergebnisse der Sitzung werden in den kommenden Tagen zusammengefasst, an die zuständigen Politiker weitergeleitet sowie auf der Homepage www.tirol.gv.at/monitoringausschuss veröffentlicht.